

# „Wir haben keine Paralleljustiz“

Stephan Ackermann, Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz, ist erschrocken über Benedikts Verteidigung

■ **Trier.** Es ist jetzt eine Woche her, dass das Gutachten zu sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Erzbistum München und Freising die katholische Kirche erschütterte. All dies sei für viele Gläubige kaum mehr zu fassen und zu ertragen, sagt der Trierer Bischof Stephan Ackermann, Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz, im Interview mit unserer Zeitung.

## Welche Empfindungen hatten Sie, als Sie das Münchner Missbrauchsgutachten gelesen haben?

Das Gutachten bestätigt, was wir durch andere Gutachten und Untersuchungen schon wissen. Und trotzdem erschüttert es mich einmal mehr, schwarz auf weiß zu sehen, welches Leid Menschen in unserer Kirche erfahren haben und erfahren. Und dass hier auch einem ehemaligen Papst schwere Verfehlungen vorgeworfen werden, ist für viele Gläubige kaum mehr zu fassen und zu ertragen. Deshalb halte ich es für sehr notwendig, dass sich nicht nur Kardinal Marx und seine noch lebenden Vorgänger zu dem Gutachten verhalten, sondern auch der emeritierte Papst. Wir werden in der Zukunft noch mehrere Gutachten bekommen. Vor allem werden uns die Unabhängigen Aufarbeitungskommissionen ihre Ergebnisse präsentieren. Das ist wichtig, denn ich habe immer wieder betont, dass ich den mit dem UBSKM (Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Anm. d. Red.) vereinbarten Weg der Aufarbeitung durch unabhängige Kommissionen, in denen Experten verschiedener Fachrichtungen und Betroffene zusammen sind, für den richtigen Weg halte. Darüber hinaus meine ich aber auch, dass die Zeit, pure Betroffenheit zu äußern, vorbei ist. Denn gegenwärtig und zukünftig werden Worte und Gesten nur eine positive Wirkung haben, wenn sie echt, durch ehrliche und konsequente Aufarbeitungsprozesse und durch zukunftsgerichtete Maßnahmen unterlegt sind. Daran arbeiten wir, und das sehe ich als meine Verpflichtung.

## Wie bewerten Sie die Verteidigungsschrift von Papst Benedikt XVI., die in Anhang zwei des Gutachtens zu lesen ist?

Die rein juristische und minutiöse Art der Beantwortung im Sinn einer Verteidigung hat mich erschreckt. Sie überlagert ganz die Tatsache, dass Benedikt XVI. zu Beginn sei-



Die Zeit, angesichts der vielen Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche nur pure Betroffenheit zu äußern, sei vorbei, sagt der Trierer Bischof Stephan Ackermann im Interview mit unserer Zeitung. Gesten müssten durch ehrliche und konsequente Aufarbeitungsprozesse unterlegt sein. Foto: dpa

ner Verteidigungsschrift ehrliches Mitgefühl mit den Betroffenen äußert und die Aufarbeitung insgesamt positiv bewertet. Mit welcher ehrlichen Anteilnahme der frühere Papst Betroffenen begegnen konnte, habe ich bei dem Gespräch, das es anlässlich seines Deutschlandbesuchs 2011 in Erfurt gab, persönlich erlebt. In seiner Reaktion auf die Anwälte ist davon leider nichts zu spüren.

## Wie bewerten Sie das Argument, das Papst Benedikt XVI. selbst verwendet, dass man nicht mit heutigen Maßstäben auf vergangenes Fehlverhalten schauen darf?

In der Sache ist es richtig und wichtig, Ereignisse immer auch im Kontext der jeweiligen Zeit zu betrach-

ten und einzuordnen. Aber in Aufarbeitungsprozessen geht es eben nicht nur um nüchterne Fakten, sondern auch und vor allem um die verletzenden Wirkungen, die sie in den Seelen von Menschen verursacht haben. Darüber hinaus sollte eine historische Einordnung nicht dazu verwendet werden, die eigene Verantwortung in Abrede zu stellen.

## Wie bewerten Sie die Forderung, dass die katholische Kirche voll und ganz der „weltlichen Gerichtsbarkeit“ unterstellt werden soll?

Die katholische Kirche untersteht der weltlichen Gerichtsbarkeit. Wir haben keine Paralleljustiz. Wir arbeiten seit Jahren gerade bei der Missbrauchsthematik eng mit den

staatlichen Organen zusammen. Aktuelle Vorwürfe werden zur Anzeige gebracht, bei zurückliegenden Vorwürfen gab es spätestens nach der MHG-Studie die Überprüfung durch die (General-)Staatsanwaltschaften der Länder. Natürlich legen wir zusätzlich auch das Kirchenrecht zur Bewertung und Beurteilung an – gerade auch, wenn Vorwürfe staatlich bereits verjährt sind und nicht mehr verfolgt werden.

## Sollen Bischöfe künftig kontrolliert werden können? Wenn ja: von wem und von welchem Gremium?

Zum einen hat Papst Franziskus in den vergangenen Jahren das Kirchenrecht diesbezüglich erheblich verschärft. Eine Überprüfung des

amtlichen Handelns von Bischöfen ist nun viel leichter möglich. Darüber hinaus beschäftigt uns die Frage nach geteilter Macht und gemeinsamer Verantwortung auch beim Synodalen Weg. So arbeiten wir daran, eine kirchliche Verwaltungsgerichtsbarkeit einzurichten.

## Ist die katholische Kirche noch in der Lage, selbst der immer größer werdenden Missbrauchskrise Herr zu werden und sie aufzuarbeiten, oder schafft sie das nicht mehr selbst?

Das ist keine Frage des Ja oder Nein: Die katholische Kirche hat die Pflicht, die Verbrechen des Missbrauchs aufzuarbeiten. Dabei haben wir Bischöfe immer betont, dass wir das nicht allein machen können und wollen. Deshalb haben wir uns nach der MHG-Studie auch an den Beauftragten der Bundesregierung gewandt, und ich bin dankbar für die Hilfe, die wir durch ihn, seine Mitarbeiterinnen und die Betroffenen erfahren haben. Der Synodale Weg, den wir zusammen mit dem Zentralkomitee der Katholiken gehen, macht ebenso deutlich, dass wir Bischöfe die Aufarbeitung und Verhinderung von Amtsmissbrauch in der Kirche allein nicht schaffen.

Die Fragen stellte unser Redakteur Michael Defrancesco

## Wie wird Kardinal Marx reagieren?

Reinhard Marx, der Kardinal und amtierende Münchner Erzbischof, seit 2008 im Amt, wird am heutigen Donnerstag bei einer Pressekonzferenz zu dem Missbrauchsgutachten Worte finden müssen, möglicherweise auch Gesten. Dass er das kann, hat er schon im vergangenen Jahr bewiesen, als er Papst Franziskus spektakulär seinen – kurz darauf abgelehnten – Rücktritt anbot. Er gab damals an,

auf diese Weise seine Mitverantwortung für den Missbrauchsskandal zum Ausdruck bringen zu wollen.

Der katholische Theologe Daniel Bögner sagte schon direkt nach der Vorstellung des Gutachtens, welches von mindestens 497 Opfern und 235 mutmaßlichen Tätern ausgeht, dass er nach allen den Enthüllungen einen erneuten

Rücktrittsversuch von Marx für angemessen hält. „Und ich hoffe, er wird eine erneute Ablehnung durch Papst Franziskus nicht akzeptieren. Dies wäre ein zwar zunächst nur symbolisches, aber sehr starkes Zeichen dafür, dass die bisherigen Strukturen der Kirche so nicht weiter funktionieren“, sagte der Professor für Moraltheologie und Ethik an der schweizerischen Universität Freiburg.

# Grünen-Parteitag verspricht digitale Harmonie

Annalena Baerbock und Robert Habeck treten nach vier Jahren von der Parteispitze ab – Corona-Boni-Skandal wirkt kaum noch nach

Von Martina Herzog

■ **Berlin.** Die Grünen häuten sich. Die Bundestagsfraktion ist ordentlich gewachsen und hat eine neue Führung. Nun steht auch an der Parteispitze ein Wechsel an. Beim digitalen Parteitag an diesem Freitag und Samstag stellen die Grünen ihre Führungsriege neu auf. Der scheidende Politische Bundesgeschäftsführer Michael Kellner schwärmt von der „Gestaltungslust“ seiner Partei. „Wir haben nach 16 Jahren jetzt endlich die Chance, dieses Land zu gestalten. Und die nutzen wir nun mit vereinten Kräften.“

Entsprechend wenige Kontroversen sind beim Parteitag zu erwarten. Macht wirkt disziplinierend, auch bei den Grünen. Zumal die neue Rolle noch so frisch ist, dass etwaige Misserfolge der eigenen Minister oder Krach mit den Koalitionspartnern SPD und FDP noch ausstehen. Ein Grüner spricht von „positivem Desinteresse“, wenn er die Haltung zum Parteitag beschreibt. Wozu natürlich auch das Corona-bedingt erneut digitale

Format beitrage. Sowohl die scheidenden Parteichefs Annalena Baerbock und Robert Habeck als auch ihre wahrscheinlichen Nachfolger Ricarda Lang vom linken Flügel und Realo Omid Nouripour werden ihre Reden vor weitgehend leeren Rängen halten müssen. Seit sie Minister geworden sind, äußern sich Baerbock und Habeck kaum noch zur Parteipolitik, sondern haben sich in ihre neuen Ämter als Außenministerin und Minister für Wirtschaft und Klimaschutz gestürzt.

Der Versuch, das weitere Wachstum der Partei mit ihren zuletzt 125 000 Mitgliedern voranzutreiben, grüne Positionen weiterzuentwickeln und auch den Bundestagswahlkampf aufzuarbeiten, der mit 14,8 Prozent zwar ein historisch gutes, aber doch deutlich schlechteres Ergebnis als erhofft brachte – dafür wird die neue Parteiführung zuständig sein. Die Wahlen sind für Samstag geplant.

Die Kandidatin Lang holte zuletzt ein Fehltritt des alten Bundesvorstands ein, dem sie angehört. Denn kurz vor dem Parteitag



Annalena Baerbock und Robert Habeck treten nach vier Jahren von der Parteispitze zurück. Foto: dpa

wurde bekannt, dass die Berliner Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleitet wegen Corona-Bonuszahlungen. Der Vorstand hatte im Winter 2020 solche Zahlungen in Höhe von 1500 Euro an alle Mitarbeiter der Grünen-Bundesgeschäftsstelle bewilligt. Sie selbst gibt sich gelassen: „Das ist ja bereits bekannt, und die Boni wurden zurückgezahlt. Jetzt wird es noch mal von der Staatsanwaltschaft durchleuchtet, mit der wir vollumfänglich kooperieren.“ Sie gehe davon

aus, dass das Thema dann auch abgeschlossen werde.

„Die Aufgabe der neuen Grünen-Vorsitzenden ist nicht vergleichbar mit der von Annalena und Robert“, sagte Nouripour. „Es geht nicht darum, dass man als Führungsduo der Grünen die Lokomotive zieht, sondern es geht darum, dass wir alle zusammen den Betrieb am Laufen halten und Schmierfunktion spielen zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Da muss man viel erklären.“ Geschäftsführer Kellner selbst warnte zum Abschied davor, es dürften keine „Abrisskanten“ entstehen zu Bündnispartnern, wie das bei der letzten Regierung im Bund gemeinsam mit der SPD geschehen sei. Gemeint sind gesellschaftliche Bewegungen etwa aus dem Umweltbereich, die den Grünen nahestehen.

Abstimmung zwischen grünen Regierungsmitgliedern, Partei und Fraktion sei wichtig, führte Nouripour aus. Dennoch: „Die Partei wird ein eigenes Profil brauchen.“ Lang erklärt es ähnlich: „Der Koalitionsvertrag definiert das Regie-

rungshandeln, er ersetzt nicht unser Parteiprogramm. Es wird Aufgabe der Partei sein, grüne Positionen weiterzuentwickeln und zu vertreten, auch über die Legislatur hinaus.“

Beim Parteitag sind Debatten unter anderem bei Satzungsfragen zu erwarten. So macht sich der Bundesvorstand dafür stark, dass die Mindestzahl der Unterstützer erhöht wird, die nötig ist, damit ein Antrag für einen Parteitag eingereicht werden kann. Das soll verhindern, dass wie bei vorigen Parteitagen Tausende Änderungsanträge eingehen. Einige inhaltliche Anträge brächten den grünen Regierungsmitgliedern Ungemach, wenn sie Mehrheiten fänden – ob das geschieht, ist aber äußerst ungewiss. So fordert beispielsweise eine Gruppe von Antragstellern, die Anschaffung bewaffneter Drohnen in der aktuellen Legislaturperiode auszuschließen. SPD, Grüne und FDP hatten im November in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, eine Bewaffnung von Drohnen zu ermöglichen.

Martina Herzog

## Kompakt

### Otte lässt Amt als Chef der Werteunion ruhen

■ **Berlin.** Der Chef der erzkonservativen Werteunion, Max Otte, lässt wegen seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten auf Vorschlag der AfD sein Spitzenamt in dem Verein ruhen. „Aus Respekt vor dem Amt des Bundespräsidenten und seiner Würde lasse ich mein Amt als Vorsitzender der Werteunion sowie alle anderen parteipolitischen Aktivitäten bis nach der Wahl der Bundesversammlung“ am 13. Februar ruhen, erklärte Otte. Die CDU-Spitze hatte dem 57-Jährigen am Vortag als Konsequenz aus seiner Kandidatur für die AfD mit sofortiger Wirkung seine Mitgliedsrechte entzogen. Zudem wurde ein Verfahren zum Ausschluss Ottes aus der Partei eingeleitet.

### Steinmeier erinnert an Opfer des Holocaust

■ **Oranienburg.** Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zum Holocaust-Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert und dazu aufgerufen, Antisemitismus und Rassismus entgegenzutreten. „Wir gedenken der Millionen von Menschen, die in Konzentrationslagern verschleppt, gefoltert und dort ermordet worden sind“, sagte Steinmeier bei einem Besuch der brandenburgischen KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen in Oranienburg. In der Hinrichtungsstätte wurden unter anderem im Herbst 1941 innerhalb von zehn Wochen mehr als 10 000 sowjetische Kriegsgefangene in einer „Genickschussbaracke“ ermordet. „Die Opfer haben ein Recht auf Erinnerung“, betonte Steinmeier.

### Ließ Johnson Haustiere aus Kabul evakuieren?

■ **London.** Noch mehr Ärger für Boris Johnson: Der britische Premierminister hatte 2021 offenbar die Evakuierung von etwa 150 Katzen und Hunden aus der afghanischen Hauptstadt Kabul autorisiert. Das legt eine vom Auswärtigen Ausschuss des Unterhauses veröffentlichte E-Mail aus dem britischen Außenministerium nahe. Die Aktion während des Rückzugs westlicher Truppen aus dem Krisenstaat hatte einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Berichte, Johnson habe sich persönlich für das Ausfliegen der Tiere eingesetzt, hatte der Premier jedoch als „kompletten Unsinn“ abgetan. Kritiker fürchten, dass die Evakuierung der Tiere zu Lasten von Menschen ging.

## Zurück zur Normalität in Niederlanden

Trotz Omikron werden Maßnahmen gelockert

■ **Den Haag.** Trotz einer massiven Omikron-Welle lockern die Niederlande die Corona-Maßnahmen. Gaststätten, Theater, Museen und Kinos dürfen nach mehr als fünf Wochen seit Mittwoch wieder öffnen – täglich bis 22 Uhr. Damit macht das Land einen deutlichen Schritt zurück zur Normalität. Auch bei Sportwettkämpfen wie Fußballspielen darf wieder eine begrenzte Zahl von Besuchern zugelassen werden. Noch immer bleiben Einschränkungen des öffentlichen Lebens wie Maskenpflicht und der Corona-Pass, mit dem Besucher nachweisen müssen, dass sie getestet, geimpft oder genesen sind.

Auch die Quarantäneregeln werden gelockert. „Wir nehmen bewusst ein Risiko in Kauf“, sagte der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte mit Hinweis auf die täglich neuen Höchstwerte bei den Neuinfektionen. Die Omikron-Variante des Coronavirus verbreite sich zwar viel schneller, Menschen erkrankten aber nicht so schwer.